

Wirtschaftsdienst



Kriegswirtschaftliche Berichte über das Ausland
Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 24.— Mark
In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 12. Fernspr. Gr. I, 2447—51

Nr. 25

Hamburg, den 22. Juni

1917

		Inhalt	
Chronik der Kriegsfinanzen	Seite 389	Vermischtes:	Seite 403
Tunesien	" 392	Kautschuk	" 403
Das schweizerische Finanzproblem	" 394	Gewinnung von Mangroveertract auf Madagaskar?	" 403
Aus unsern Kolonien	" 397	Japan eröffnet den Handelskrieg	" 403
Bericht über den Weltmarkt in Getreide	" 400	Japanische Koproarnte	" 404
Vermischtes:		Aus Brasilien	" 404
Von englisch-amerikanischen Rohstoffmärkten	" 402	Berichtigung	" 404
Rupfererzeugung	" 403	Wichtige Neueingänge	" 404
Zinnvorräte	" 403	Internationale Wechselkurse	" 404

(Nachdruck nur mit Genehmigung der Zentralstelle gestattet)

Chronik der Kriegsfinanzen

In einem Vortrag, den George C. Roberts von der National City Bank in New York auf der Dezembertagung der American Economic Association gehalten hat, werden die Verschiebungen des Goldbesitzes seit Kriegsbeginn wie folgt geschätzt:

Die Vereinigten Staaten haben 1 Milliarde \$ gewonnen und damit ihren Goldbesitz um mehr als 50 % verstärkt. Die Zentralbanken der sechs europäischen Neutralen (Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland, Schweiz und Spanien) weisen um 390 Mill. \$ höhere Goldbestände aus; die Vermehrung beträgt hier 107 %. Argentinien hat 100 Mill. \$ gewonnen, Japan 42 Mill. \$. Die deutsche Reichsbank weist ein Mehr von 277 Mill. \$ auf, die Bank von England (einschließlich der Goldreserve für das Staatspapiergeld von 142 Mill. \$) ein Mehr von 217 Mill. \$. In diesem Betrag werden indessen die 60 Mill. \$ Gold enthalten sein, die die Nationalbank von Belgien vor dem Krieg auswies. Die Bank von Frankreich zeigt eine Abnahme des Goldbestandes um 65 Mill., die Bank von Rußland um 25 Mill., die Bank von Italien um 30 Mill. \$. Nach Abzug dieser 180 Mill. \$ ergibt sich eine Vermehrung der sichtbaren Goldbestände von rund 1870 Mill. \$. Die Ausbeute der Minen beträgt jährlich etwa 500 Mill. \$; davon gehen nach Roberts 75—100 Mill. \$ für gewerbliche Zwecke ab. Mindestens die Hälfte des Zuwachses der sichtbaren Goldvorräte, etwa 1 Milliarde \$, entfällt also auf die Goldmengen, die der Zirkulation entnommen sind, um den Zentralbanken zugeführt zu werden.

Wenn man die Wirkung dieser ungeheuren Bewegungen auf die künftige Währungspolitik der Staaten abschätzen will, so wird man sich zunächst vergegenwärtigen müssen, daß von dem Gesamtzuwachs von 1870 Mill. \$ nicht weniger als $\frac{5}{6}$ auf die Gruppe der Kriegs-Exportländer: Vereinigte Staaten, europäische Neutrale, Argentinien und Japan entfallen, auf die europäischen Kriegsfürhrenden dagegen nur etwa 315 Mill. \$, auf die europäischen Verbandsmächte gar nur 38 Mill. \$. Jene Exportländer haben also nicht nur die ganze Welt-Goldproduktion, sondern auch $\frac{2}{3}$ der aus der Zirkulation gezogenen Goldreserven Europas aufgenommen.

Ungeachtet dieser Zahlen erscheint es zunächst schwer verständlich, daß man in den Vereinigten Staaten die durchaus nicht beträchtliche Goldausfuhr der letzten Monate mit so großer Besorgnis betrachtet. Die Erklärung liegt in der Tatsache, daß das einströmende Gold dort nicht in die Hände einer Zentralbank gelangt ist und somit für die Verteidigung der Währung erst

auf unsicheren Umwegen nutzbar gemacht werden kann. Von den 400 Mill. \$ Gold zum Beispiel, die in den ersten zehn Monaten des Jahres 1916 eingeführt worden sind, ist dem Bundes-Reservebank-System nur der Betrag von 132 Mill. \$ geblieben. Der Rest befindet sich in den Händen von Staatsinstituten, die die Regulierung der Wechselkurse nicht als ihre Aufgabe ansehen. Die Bundes-Reserve-Bank von New-York selbst, der bei einer ungünstigen Wendung der Zahlungsbilanz zuerst die Aufgabe zufiele, die Störung durch Goldausfuhr auszugleichen, hat nur 5 Mill. \$ erhalten; ihr Goldbestand beträgt kaum ein Zehntel der sichtbaren Goldvorräte des Landes.

Diese unzweckmäßige Zersplitterung der Währungsreserven scheint auch die Ursache davon zu sein, daß die Maßnahmen der skandinavischen Staaten und der Niederländischen Bank gegen die Gold-Überflutung in den Vereinigten Staaten zwar Verständnis finden, ohne daß man sich jedoch geneigt fühlte, sie nachzuahmen. In jenen europäischen Staaten fließt das Gold in die Kassen der Zentralbank und ist so zur Verteidigung der Wechselkurse stets verfügbar. Eine Verdopplung dieser Reserven, wie sie während des Krieges eingetreten ist, wird von den verantwortlichen Leitern ihrer Währungspolitik für mehr als ausreichend erachtet. Auch wenn die Zeit nach dem Kriege diesen Neutralen eine Steigerung ihres Imports und eine Verschlechterung ihrer Zahlungsbilanz bringen sollte, ist für sie keine Gefahr vorhanden; sie können den Abfluß von einigen hundert Millionen Gold aus ihren Kassen sich ruhig vollziehen lassen. Anders die Vereinigten Staaten, die auf einen besonders heftigen Umschwung gefaßt sein müssen (auch die kompetentesten amerikanischen Volkswirte nehmen an, daß in den Vereinigten Staaten die Preise lange nach Kriegsende sehr viel höher als in den europäischen Ländern stehen und also starke Wareneinfuhr und Goldausfuhr nötig machen werden); jede geringfügige Verringerung ihrer Währungsreserven bedeutet hier so lange eine wirkliche Gefahr, als nicht ein größerer Teil der Goldbestände des Landes (die auf 2,7 bis 3 Milliarden \$ geschätzt werden) beim Bundes-Reservebank-System gesammelt ist.

In welchem Maß die Mittel der nordamerikanischen Banken angespannt sind, zeigen folgende Aufstellungen, die wir ebenfalls dem Vortrag von Roberts entnehmen: Die Kredite (Loans and discounts) aller nordamerikanischen Banken und Bankfirmen, die Ausweise veröffentlichten, betrug (in Mill. \$) am

23. Juni 1914..... 15 288,4

30. Juni 1915..... 15 723,4

30. Juni 1916..... 17 811,1

Bei den Nationalbanken allein betragen diese Anlagen, einschließlich der Effektenportefeuilles (in Mill. \$) am

30. Juni 1914..... 8 331,0

23. Juni 1915..... 8 824,0

30. Juni 1916..... 9 936,0

12. September 1916..... 10 212,0

Die Goldbestände der Nationalbanken und des Bundes-Reservebanksystems beliefen sich (in Mill. \$) auf

Ende Juni 1915..... 849,4

Ende Juni 1916..... 912,7

Das Verhältnis der vorhandenen und der gesetzlich erforderlichen Reserven betrug im Herbst 1916 bei

	St-Reserve	Soll-Reserve
Zentral-Reservebank	20,39 %	18 %
Reservebank	24,80 %	15 %
Landbanken	26,62 %	12 %

Die Banken in den Zentren des Bankverkehrs waren also schon damals bedenklich nahe an der Grenze ihrer Kreditausdehnung angelangt. Die günstigeren Zahlen der „Provinzbanken“ fallen wenig ins Gewicht, weil die Reserven dieser Institute zum größten Teil in Guthaben bei den „Reservebank“ bestehen und von diesen, wie die Aufstellung zeigt, nicht flüssig gehalten werden.

Die Depositen der Nationalbanken werden mit 3200 Mill. \$ angegeben, gegen 1600 \$ bei Kriegsbeginn. Man darf mit Sicherheit annehmen, daß diese Verdopplung das Zeichen einer ganz ungeheuerlichen Inflation ist.

Aber das Ergebnis der amerikanischen Kriegsanleihe liegen nur unzuverlässige und undurchsichtige Meldungen vor. Selbst wenn es sich herausstellen sollte, daß die aufgelegten 2 Milliarden \$ in der Tat gezeichnet oder gar um einige hundert Millionen überzeichnet sind, so würde auch das keinen Triumph der amerikanischen Kriegsfiananzierung darstellen. Schon die Steigerung des Geldmarktzinsfußes auf vorübergehend 6 % kurz vor Zeichnungsschluß deutet darauf hin, daß die Banken sich veranlaßt gesehen haben, über das Maß ihrer Mittel hinaus helfend einzugreifen. Auch daß die Hälfte der Zeichnungen in New York eingegangen sein soll, spricht für diese Vermutung.

Die Einzahlungstermine sind wie folgt festgesetzt: 15. 6.: 2 %, 28. 6.: 18 %, 30. 7.: 20 %, 15. 8.: 30 %, 30. 8.: 30 %. Der Einfluß der Einzahlungen auf den Geldmarkt soll dadurch auf ein Mindestmaß beschränkt werden, daß die eingehenden Summen möglichst bei den Banken, die die Zeichnung vermitteln, belassen werden.

Die New Yorker Clearing-Banken weisen am 2. Juni eine Zunahme der Kredite von 48 630 000 \$ auf, während die Guthaben bei der Federal-Reserve-Bank um 23 760 000 \$ und die Depositen um 23 940 000 \$ gefallen sind.

In der Woche vom 2. bis 9. Juni haben die Kredite um 28,7 Mill. \$ zugenommen, die Depositen um 15,6 Mill. \$ abgenommen. Der Barvorrat hat sich um 56 Mill. \$ vermindert.

Der Ausweis vom 16. Juni zeigt eine Abnahme der Anlagen um 53,9 Mill. \$, während der Depositenbestand um 48,1 Mill. \$ zugenommen hat. Er beträgt jetzt 3 793 990 000 \$, die Anlage 3 747 360 000 \$. Der „Barvorrat“ wird um 18,6 Mill. \$ höher ausgewiesen; dieser Posten setzt sich in der Hauptsache zusammen aus dem eigenen Rassenbestand, der sich von 33,5 auf 392,9 Mill. erhöht, und dem Guthaben bei der Bundes-Reserve-Bank, das sich von 15 Mill. auf 233 Mill. \$ vermindert hat.

Zwischen der Bank von England und dem Bundes-Reserve-Banksystem sollen Abmachungen getroffen sein, um den New

Yorker Geldmarkt durch Goldsendungen und Geldaufnahme am offenen Markt zu regulieren. Der Satz für Handelswechsel soll 5 % nicht überschreiten. Die guten Vornahmen, die die Unterbringung der niedrig verzinslichen Kriegsanleihe befördern sollen, werden schwerlich Erfolg haben. Der Satz für tägliches Geld ist in der Woche bis zum 16. d. M. auf 5-5 1/2 %, zeitweilig noch höher gestiegen. Der Kurs der 4 % U. S. Bonds bröckelt weiter ab. Am 16. Juni war er auf 104 angelangt.

Im Verkehr der Vereinigten Staaten mit Süd- und Mittelamerika scheint sich ein Umschwung vorzubereiten. Während in den Ende März 1917 abschließenden 9 Monaten die Einfuhr von dort gegen die Vorjahrzahl um 28 % gestiegen war, die Ausfuhr der Vereinigten Staaten dorthin aber um 42 %, hat sich im März das Verhältnis umgekehrt: die Ausfuhr zeigt nur noch eine Zunahme von 26 %, bei einer Einfuhrsteigerung von 48 %.

In den ersten 3 Monaten des Jahres betrug die Ausfuhr nach Süd- und Mittelamerika 405,4 Mill., die Einfuhr von dort 612,7 Mill. \$.

In England dauert der Ruf nach neuen Steuern an. Man wirft der Regierung vor, daß sie den Krieg in steigendem Maß durch Inflation finanziere. Die Eingänge aus Steuern und aus kurzfristige Anleihen bleiben höchst unbefriedigend.

In der Woche vom 27. Mai bis 2. Juni stieg die Ausgabe infolge der Zinszahlung auf die Kriegsanleihe auf 101,5 Mill. £ (gegen 40,3 Mill. in der Vorwoche). Durch Steuereingänge konnten davon nur 7,3 Mill. £ bestritten werden. Schatzwechsel erbrachten nach Abzug der Rückzahlungen nur 7,4 Mill. £ (gegen 25,8 in der Vorwoche), Exchequer Bonds nur 2,5 Mill. £ (gegen 2,8 Mill.), War Saving Certificates 500 000 £ (gegen 700 000 £). Die so entstehende Lücke wurde ausgefüllt durch „zeitweilige Vorschüsse“ in Höhe von 33,5 Mill. £ (gegen Netto-Rückzahlungen von 9,5 Mill. £ in der Vorwoche), durch „andere (vermutlich amerikanische) Kredite“ in Höhe von 31,5 Mill. £ und durch Verringerung des Schatzguthabens um 8,2 Mill. £ auf 16,6 Mill. £.

In der Woche bis zum 9. Juni fiel die Ausgabe auf 47 Mill. Die Steuereinnahme betrug diesmal nur 7,14 Mill. £. Der Nettoertrag der Begehungen der Treasury Bills war 28,9 Mill., der Exchequer Bonds 5,2 Mill., der War Saving Certificates 700 000 £. Von den „vorläufigen Vorschüssen“ wurden 9 Mill. zurückgezahlt. Dagegen wurden 18,3 Mill. £ „andere Kredite“, vermutlich amerikanische, aufgenommen. Zum ersten Mal erscheinen in der Abrechnung 3 Mill. £ Rückzahlungen „sonstiger Anleihen nach den Kriegsanleihe-Gesetzen“. Unter diesem Titel sind, wie es scheint, bisher geheim gehaltene Vorschüsse der Bank von England zur Erleichterung von Anleihezeichnungen gebucht worden.

Die Juni-Zinszahlung auf die Anleihe hat bisher insgesamt 41 323 343 £ erfordert.

Nach dem Ausweis der Bank von England vom 14. Juni sind die Ausleihungen in der Woche vom 7. bis 14. d. M. um 6,37 Mill. £ gestiegen, parallel damit die privaten Guthaben um 5,06 Mill. Das Staatsguthaben wird nur um 1,78 Mill. höher ausgewiesen. Die anderen Posten sind ganz unwesentlich verändert.

Der Betrag des ausstehenden Staatspapiergeldes beläuft sich auf 158,8 Mill. £.

Bei der wöchentlichen Begebung von Schatzwechseln war am 12. Juni trotz der Begrenzung auf 25 Mill. £ (gegen 40 Mill. in der Vorwoche) nur eine geringe Besserung der Sätze zu erzielen. Der Mindestsatz, zu dem auch sämtliche Dreimonatspapiere zugeteilt wurden, betrug £ 98. 16/3/4 gegen £ 98. 15/9/2

am 5. d. M., der Mindestsatz für Sechsmonatssapier £ 97. 12/4¹/₂ (£ 97. 11/10), für Jahrespapiere £ 95. 2/6¹/₄ (£ 95. 2/6¹/₄).

Von der indischen Anleihe, deren Ertrag nur mit 10 Mill. £ in das Budget eingestellt war, sind bisher 16 Mill. £ gezeichnet worden. Insgesamt hatten die indische Regierung 100 Mill. £ „übernehmen“ wollen, was wohl nur heißen kann, daß sie für Zinsendienst und Amortisation aufkommen will.

Der Konsofkurs ist weiter von 55 auf 54³/₄ zurückgegangen. Die 5proz. Kriegsanleihe notierte am 16. d. M. 94³/₈.

Der Einfuhrüberschuß Großbritanniens ist im Mai nach Zeitungsmeldungen gegen die Vorjahrszahl um 7,4 Mill. £ auf 44 Mill. £ gestiegen.

Frankreich, das von seinen 87 Milliarden Frs Kriegskosten 10 Milliarden durch Steuern gedeckt hat, sieht der Auflegung neuer Lasten entgegen, die nach einer Note der Habas-Agentur 1200 Mill. Frs erbringen sollen. Der Entwurf sieht u. a. eine Umsatzsteuer von 1 v. S., Erbschaftsteuer, Aufwandsteuern, Erhöhung der Eisenbahntarife und Änderungen des Kriegsgewinn-Steuergesetzes vor. Die Aufwandsteuer soll auf alle Ausgaben gelegt werden, die nicht der Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Miete dienen, und zwar soll die Anschaffung von Bekleidung und Mobilien mit 5 %, der „Luxus“-Konsum mit 10 % belegt werden.

Die Steuereinnahmen weisen auch im Mai eine Steigerung gegen die Vorjahrszahlen auf. Von dem Mehr von 68,7 Mill. Frs entfallen 64,1 Mill. Frs auf die Erhöhung der Zolleinnahmen.

Der Einlagenbestand der französischen Sparkassen hat in den ersten fünf Monaten des Jahres 1917 um 62 522 000 Frs zugenommen.

Die russische Staatsbank weist am 14. Juni eine weitere Erhöhung des Notenumlaufs um 296 Mill. Rbl. auf, parallel mit einem Mehr von 280 Mill. diskontierter Schatzanweisungen. Der Notenumlauf hat damit die 12 Milliarden-grenze um 186 Mill. Rbl. überschritten.

Die Zeichnungen auf die Freiheits-Kriegsanleihe sollen 2152 Mill. Rbl. ergeben haben. 1,5 Milliarden waren von vornherein dadurch gesichert, daß ein Bankensyndikat sich zur Übernahme dieser Summe verpflichtet hatte. Die Anleihe ist fünfprozentig, kündbar in 40 Jahren, und wird zu 85 ausgegeben.

Das kanadische Budget für das Ende März 1917 abgelaufene Fiskaljahr weist Einnahmen in Höhe von 232 Mill. \$ und ordentliche Ausgaben (einschließlich 25 Mill. Zinsen auf Kriegsanleihen und Pensionen) in Höhe von 173 Mill. \$ auf. Der Rest von 60 Mill. dient der Bestreitung von Kriegsausgaben. Seit Kriegsbeginn sind für das kanadische Frontheer aufgewandt 600 Mill. \$. Die öffentliche Schuld ist von 900 Mill. auf 1300 Mill. \$ angewachsen. Infolge der neuerlichen Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer werden bei Mehrgewinn von 15–20 % jetzt 50 %, bei Mehrgewinn von über 20 % jetzt 75 % des Kriegsgewinns erfasst.

Von der Heranziehung der kanadischen Banken für die Finanzierung des Krieges gibt der Halbjahrsbericht der Bank of Montreal einen Begriff. Der Bestand an englischen und kanadischen Staatspapieren beträgt mehr als 44 Mill. \$, gegen 1 Mill. \$ vor zwei Jahren. Die Gesamtheit der kanadischen Banken hat 100 Mill. \$ zur Schaffung eines Munitionsamtes gezeichnet. Auch die Weizenankäufe des Mutterlandes sind von ihnen zum größten Teil finanziert. — Der Goldbestand der Bank of Montreal ist auf 21,6 Mill. \$ (i. V. 17,4 Mill.) gestiegen.

In Australien weist man mit großem Stolz auf die

Tatsache hin, daß die Broken Hill Proprietary Company, die ebenso wie die meisten andern australischen Gesellschaften ihr Kapital in London aufzunehmen pflegt, neuerdings 400 000 £ Obligationen in Australien zu günstigeren Bedingungen aufgelegt hat als bei der letzten Londoner Emi im Juli 1914. Der Emissionskurs war 1 % höher, die Kommission 1/2 % niedriger.

Nach brasilianischen Meldungen schweben Verhandlungen über eine Anleihe von 500 000 Contos in den Vereinigten Staaten. Man erwartet von England Vorschüsse auf das Guthaben Brasiliens aus dem Verkauf der Valorisations-Kaffeebestände. Andere Meldungen sprechen von einer neuen Valorisationsanleihe, da die letzte Kaffeeernte von 16 Mill. Sac nach Europa jetzt nicht abzusehen sei. Wenn keine äußere Anleihe zu erreichen sei, so müsse man eine innere Anleihe von etwa 200 000 Contos ausgeben. Man rechnet damit, daß der Ausfuhrüberschuß, der 1915 23 Mill. £, 1916 aber nur 15 Mill. £ betragen habe, im laufenden Jahr weiter zurückgehen werde.

Das chilenische Budget für 1918 sieht Ausgaben im Betrage von 191,6 Mill. Papierpiaster und 46 Mill. Goldpiaster vor. Das Budget für 1917 sah eine Ausgabe von 200 Mill. Papierpiaster und 52 Mill. Goldpiaster vor, wobei sich ein Defizit von 17 Mill. Papierpiaster ergab. — Der Ausfuhrüberschuß hat nach einer Mitteilung des Präsidenten die Höhe von 60 Mill. Frs erreicht.

Das Budget für 1917 sah eine Ausgabe von 200 Mill. Papierpiaster und 52 Mill. Goldpiaster vor, wobei sich ein Defizit von 17 Mill. Papierpiaster ergab.

Der Kurs des Pfund Sterling ist in Kopenhagen weiter von 16,45 auf 16,40, in Stockholm von 15,58 auf 15,56, in Zürich von 23,90 auf 23,68 gefallen. In Amsterdam hat sich der Pfundkurs Ende der vorigen Woche von 11,54 auf 11,65 gehoben; in New York hat er seinen Stand behauptet.

Die französische Währung ist in Zürich von 87,75 auf 86,50 gefallen. Der Preis für 1 \$, der längere Zeit stabil gewesen ist, ist plötzlich von 5,73¹/₄ auf 5,75¹/₄ heraufgeschneilt. Die Gelbhilfe der Vereinigten Staaten scheint also nicht einmal zur Befestigung der Wechselkurse auszureichen.

Der Wert des Dollar ist auf den europäischen neutralen Märkten in stetigem Sinken begriffen. In der Schweiz wird 1 \$ jetzt mit 4,99 (Münzpari 5,18) bewertet; in Kopenhagen mit 3,48 (Münzpari 3,73); in Stockholm mit 3,34; nur in Holland scheinen die letzten Tage der vorigen Woche eine Erholung gebracht zu haben. Dieser Besserung des Amsterdamer Pfund- und Dollarkurses geht eine Verschlechterung des holländischen Gulden gegen die skandinavische und die Schweizer Währung parallel. Während nach dem Münzpari 100 skandinavische Kronen gleich 66,67 holl. Gulden sind, ist der Amsterdamer Kurs von Wechseln auf Kopenhagen in der letzten Woche weiter von 70,15 auf 70,30, von Wechseln auf Stockholm von 72,19 auf 73,30 gestiegen. In der Schweiz ist der Guldenkurs (Münzpari 208,32) von 207 auf 205 zurückgegangen.

Unter allen Währungen hat jedoch die spanische die höchste Steigerung gegenüber allen anderen Währungen zu verzeichnen. Anfang Juni betrug das Disagio

des Pfund Sterling	21,54 %
des franz. Franken	30,88 %
des Schweizer Franken	14,61 %
der Mark	58,23 %
des Dollar	18,26 %
der Lire	58,73 %
des argentin. Goldpesos	12,00 %

Die Ursachen der ungewöhnlich starken Nachfrage nach spanischen Zahlungsmitteln, aus der die Aufwärtsbewegung des Peseta allein herzuleiten ist, sind nicht deutlich erkennbar. Man bezweifelt in spanischen Bankkreisen, daß die günstige Gestaltung der Handelsbilanz hinreicht, um das Phänomen zu erklären, und meint, daß anscheinend große Kapitalbewegungen stattfinden, durch die die Deutsch-Amerikaner und andere Kreise ihre Kapitalien in Sicherheit bringen wollen. Aus New York kommen dauernd große Goldsendungen (in den letzten Monaten 400 Mill.

Pesetas), denen die Bank von Spanien dadurch zu begegnen sucht, daß sie den Goldankaufspreis ähnlich wie die skandinavischen Banken herabsetzt: am 25. Mai auf 24,75 statt 25 für englische und auf 4,90 statt 4,96 für amerikanische Goldmünzen.

Die Zahl der goldgläubigen Länder ist also weiter im Abnehmen begriffen.

Dr. Singer

Tunesien

(Vergl. Wirtschaftsdienst 1916 S. 86, 1917 S. 69)

Allgemeine Lage

Wenn Tunesien aus mannigfachen Gründen auch nicht in der Lage war, dem Mutterlande im Kriege Dienste von sehr erheblicher Bedeutung zu leisten, so muß doch anerkannt werden, daß in dieser Hinsicht die Verwaltung und die Bevölkerung ihr Möglichstes getan haben, um so mehr, als Tunesien selbst fortgesetzt vor schweren wirtschaftlichen Problemen steht. Es ist unmöglich und wäre uninteressant, hier die Menge der Ein- und Ausfuhrverbote, die Verordnungen und Beschränkungen aufzuführen, welche die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Kolonie erkennen lassen, und sie sollen im folgenden in ihrer Zugehörigkeit zu den einzelnen Abschnitten nur insoweit erwähnt werden, als ihnen ein allgemeines Interesse zukommt.

Die Haltung der eingeborenen Bevölkerung im Kriege ist, soweit darüber Nachrichten vorliegen, durchaus loyal gewesen, nur im äußersten Süden sind scheinbar die Karawanenstraßen beunruhigt, und es dürfte sich hier um dieselbe Bewegung handeln, die von Osten, aus Tripolitanien, kommend, sich westlich durch die südlichen Gebiete Algeriens über Marokko bis nach dem Senegal forsetzt, die aber, so viel sich erkennen läßt, in Tunis bisher noch keine empfindlichen Störungen hervorgerufen hat.

Von der Bevölkerung stehen 7350 Franzosen und 33 650 Eingeborene an der Front in Frankreich.

Kriegshilfe. In den ersten 10 Monaten 1916 lieferte Tunis dem Mutterlande:

118 916 dz Weizen	100 662 dz Gerste
100 479 „ Hafer	7 822 „ Mais.

Zur Anleihe der Nationalen Verteidigung von 1915 hat Tunis 35 691 316 Frs aufgebracht. Die Zahl der Zeichner beträgt 9323 und der Betrag der gezeichneten Renten 2 027 910 Frs.

Bis Anfang Juni waren aus Tunis 1619 Mann, nämlich 1504 Araber, 40 Juden und 75 Malteser als Zivilarbeiter nach Frankreich in landwirtschaftliche Betriebe und in Fabriken des Kriegsbedarfs überführt. Dem sehr dringenden Verlangen Frankreichs nach weiteren Arbeitskräften konnte in Tunis nicht entsprochen werden. Vielmehr hat Tunesien selbst unter Arbeitermangel schwer zu leiden und ist gerade in letzter Zeit gezwungen gewesen, sich selbst Arbeitskräfte aus dem Auslande zu beschaffen. Es ist daher zwischen den Regierungen Frankreichs und Italiens ein Abkommen getroffen worden, wonach eine gewisse Anzahl tripolitanischer Arbeiter aus der Kyrenaika nach Tunis gebracht und dort in die Werften und Werkstätten für Heeresbedarf eingestellt werden soll. Es ist noch nicht bestimmt verlautet, um welche Zahl es sich dabei handelt, doch glaubt man selbst in Frankreich nicht, daß von dieser Seite eine sehr belangreiche Hilfe zu erwarten sein wird.

In letzter Zeit laufen bei der Generallandwirtschaftsdirektion zahlreiche Gesuche um Landüberlassung an Kolonisten ein. Trotz ihres Wunsches, die Kolonisation zu heben,

kann aber die Verwaltung diesen Gesuchen nicht entsprechen, da keine Geländeverkäufe stattfinden sollen, bis die aus der Zeit vor Kriegsausbruch noch vorliegenden Gesuche der inzwischen Mobilisierten erledigt sind. Dadurch ist jede Geländeüberlassung bis Kriegsende aufgeschoben. Die Gesuche der Eingeborenen dagegen können nach wie vor erledigt werden, da für sie andere Gebiete als für die französischen Kolonisten reserviert sind.

Verorgung. In den Nachrichten der Tagespresse aus und über Tunesien nimmt die Tätigkeit des Ernährungs- und Wirtschaftsausschusses einen breiten Raum ein, und es läßt sich aus den Verhandlungen und Maßnahmen unschwer erkennen, mit welchen Schwierigkeiten diese Behörde zu kämpfen hat. Es hat sich herausgestellt, daß es voraussichtlich nicht möglich sein wird, mit den Getreidereserven vollständig bis zur nächsten Ernte durchzuhalten. Deshalb forderte der Ausschuß in einer seiner letzten Sitzungen, daß die Regierung eine Kommission ernenne, welche bei den Mühlen, Bäckern, Konditoreien und bei allen Mehl und Gebäck verkaufenden Gewerbetreibenden nicht nur die vorhandenen Mengen ermitteln, sondern insbesondere auch feststellen soll, ob die Ausmahlung des Mehles und die Zusammensetzung der Back- und Teigwaren den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Die von dem Mühlenverbände in Tunis gegebene Anregung, jeden direkten Mehlerverkauf einzustellen, die Mehlabgabe zu zentralisieren und unter Staatsaufsicht zu regulieren, hat der Ernährungsausschuß zur Annahme empfohlen. Gleichzeitig werden Vollmachten für die Generaldirektion des Ackerbaus gefordert, welche der Ermittlung und Enteignung zurückgehaltener Getreidemengen dienen sollen. Alle diese Maßnahmen werden aber nicht genügen, um mit Sicherheit über die kritische Zeit hinwegzuhelfen, und es ist daher durch Vermittlung der französischen Regierung eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach Algier sofort 10 000 dz Weizen an Tunesien abzugeben hat. Eine Erleichterung der Bewirtschaftung soll für die Zukunft auch dadurch geschaffen werden, daß das Ernährungsamt in Gemeinschaft mit der Handelskammer von Tunis die Errichtung neuer Kühlhäuser fördert, wo nicht nur frisches Fleisch, sondern auch Früchte und frische Gemüse zur Versorgung der einheimischen Bevölkerung aufbewahrt werden sollen. Die Ausmahlung des Getreides, welche zunächst bis zu 70 % erfolgte, ist inzwischen weiter auf 83 % für Hartweizenmehl erhöht, für Grieß auf 60 %, für Grießmehl auf 23 %, für Weichweizenmehl auf 80 % festgesetzt, und die Herstellung eines Einheitsbrotens vorgeschrieben worden. Der Wirtschaftsausschuß widmet sich mit besonderer Aufmerksamkeit auch der Hebung der Kohlennot durch Einschränkung des Verbrauchs und durch Förderung der Braunkohlenproduktion, der Beschaffung von Chininsalzen und der Versorgung mit Saatkartoffeln und Saaterbsen.

Landwirtschaft

Im Getreidebau sind nach den letzten Berichten die